

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Teletax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15



## Inhalt

Für ein europäisches Tempo-  
limit plädiert Heldmarie  
Wieczorek-Zeul MdB.

Seite 1

Kohl soll im konservativen La-  
ger für Zustimmung zur  
Nordenweiterung der EU sor-  
gen, fordert Rudolf  
Scharping.

Seite 2

Auf bedeutsame europapoliti-  
sche Ereignisse weist Dr.  
Klaus Hänsch MdEP hin.

Seite 3

Einen ermutigenden Verlauf  
der Wahl in Südafrika konnte  
Dr. Jürgen Schmude MdB vor  
Ort erleben.

Seite 4

49. Jahrgang / 83

2. Mai 1994

### Europäisches Tempolimit ist vernünftig Verkehrssicherheit und Umweltschutz fordern eine Regelung

Von Heldmarie Wieczorek-Zeul MdB  
Stellvertretende SPD-Partei-vorsitzende

Die Entscheidung des SPD-Präsidiums, in das Regierungsprogramm die Forderung nach einer europäischen Harmonisierung des Tempolimits auf der Basis der Beschlüsse des Europäischen Parlaments aufzunehmen, ist sowohl verkehrspolitisch, europapolitisch als auch ökologisch vernünftig. Warum der Verweis auf das Europäische Parlament?

Im Rahmen der gemeinsamen europäischen Verkehrspolitik sind Maßnahmen zur Verkehrssicherheit vorgesehen. Der Europäische Rat kann, in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, Höchstgrenzen für Geschwindigkeiten festsetzen. Die Bundesregierung hat überhaupt nicht die Möglichkeit, dies zu verhindern, da die Stimmen der Bundesregierung im Ministerrat für das Erreichen der Sperrminorität nicht ausreichen. Dies verschweigt die Bundesregierung der Bevölkerung.

Die Bundesregierung verschweigt der Bevölkerung vor den Wahlen ebenfalls, daß es bereits konkrete Überlegungen für ein europaweites Tempolimit gibt. Bereits 1991 hat sich das Europäische Parlament zu Geschwindigkeitsbegrenzungen geäußert. Es hat Höchstgeschwindigkeiten von 120 km/h auf Autobahnen gefordert. 1991 hat sich eine von der Kommission einberufene hochrangige Sachverständigengruppe für eine einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen zwischen 100 und 130 km/h ausgesprochen. Bei seiner jüngsten Stellungnahme hat sich das Europäische Parlament mit dem Aktionsprogramm der Europäischen Kommission zur Verkehrssicherheit befaßt und sich dabei für ein einheitliches europäisches Tempolimit eingesetzt. In seiner Stellungnahme vom 11. März 1994 hat es darauf hingewiesen

- daß hohe Geschwindigkeiten nachteilige Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit haben und
- daß Höchstgeschwindigkeitsgrenzen, wie sie in den USA gelten, die Zahl der Verkehrsoffer verringern.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kleinformatiger Umgang  
mit wertvollem Recycling-  
Papier



Darüber hinaus hat der Europäische Rat und das heißt auch die Bundesregierung bei der Beschlußfassung zum obligatorischen Einbau von Geschwindigkeitsbegrenzern in LKW's argumentiert, daß Geschwindigkeitsbegrenzungen der Verkehrssicherheit dienen, da die Schwere der Unfälle abnimmt.

Tempolimits senken den Kraftstoffverbrauch und den schädlichen Ausstoß von CO<sup>2</sup>. Die Bundesregierung macht sich lächerlich, wenn sie europaweite Regelungen zur Senkung des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes fordert, gleichzeitig aber auf Sonderregelungen für Geschwindigkeitsbegrenzungen besteht. Genau das macht aber Bundeskanzler Kohl.

Im Übrigen haben Geschwindigkeitsbegrenzungen keinen Einfluß auf die Absatzzahlen der Autoindustrie in den USA oder Japan gehabt. Wieso dies in Deutschland anders sein könnte, ist nicht ersichtlich. Im Gegenteil würde ein Vorsprung in Umwelttechnologie der deutschen Automobilindustrie weiß Gott nicht schaden.

Die Bundesregierung täuscht die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie behauptet, das sie in der Lage wäre, ein europäisches Tempolimit zu verhindern. Es wird kommen, es ist nur eine Frage der Zeit. Es ist angesichts der erschreckenden Zahlen der Verkehrstoten vernünftig und nützt unserer Umwelt.

(-/2. Mai 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Kohl soll im konservativen Lager für Zustimmung sorgen**  
**Die Norderweiterung der Europäischen Union darf nicht scheitern**

**Von Rudolf Scharping**  
**Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

Die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union um die drei nordeuropäischen Staaten und Österreich ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur Vervollständigung der zukünftigen Architektur Europas.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hofft und erwartet, daß diese Erweiterung vom Europäischen Parlament akzeptiert und in dieser Woche ratifiziert wird.

Das größte Risiko, daß die Ratifizierung noch scheitert, droht zur Zeit von konservativer Seite. Daher fordert die SPD Bundeskanzler Kohl auf, so schnell wie möglich im Gespräch mit denjenigen seiner konservativen Amtskollegen, aus deren Ländern der größte Widerspruch zu der Erweiterung kommt, dafür Sorge zu tragen, daß falsche Vorbehalte und Widerstände gegen die Norderweiterung aufgegeben werden.

Eine Ablehnung der EU-Erweiterung durch das Europäische Parlament wäre nicht nur ein verheerendes Signal für die beitragswilligen Länder, sondern auch für die Staaten im östlichen Mitteleuropa und insgesamt fatal für die künftige Entwicklung Europas.

(-/2. Mai 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Vor bedeutsamen europapolitischen Ereignissen**  
**Das Straßburger Parlament bekommt echte Mitwirkungsrechte**

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP  
Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl am 12. Juni

Am 5. Mai versammeln sich in den demokratischen Staaten Europas viele Bürgerinnen und Bürger und feiern den Europatag 1994. Vor 45 Jahren war der Europatag der Ausgangspunkt der Tätigkeit des Europarats - heute gilt er allgemein als Tag des Bekenntnisses für den Zusammenschluß Europas.

In diesem Jahr ist der Europatag in bedeutsame Termine eingebettet. Mit großer Spannung erwartet die Öffentlichkeit, ob das Europäische Parlament am 4. Mai dem Beitritt Finnlands, Norwegens, Österreichs und Schwedens in die Europäische Union zustimmt. Später werden die Völker dort in Abstimmungen (hoffentlich) auch ihr Ja-Wort dazu geben. Am 12. Juni folgt dann die vierte Direktwahl des Europäischen Parlaments. Und schließlich übernimmt Deutschland am 1. Juli die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union.

Ich rechne fest damit, daß das Europäische Parlament am Mittwoch nächster Woche die erforderlichen 260 Stimmen für den Beitritt der vier Kandidaten und damit einer Vergrößerung der Union um ein Drittel aufbringt. Es dürfte übrigens die letzte Erweiterung der EU in diesem Jahrtausend sein - und damit ein epochales Ereignis. Zwei ernstzunehmende Argumente sind von den Gegnern zu hören: Einmal beklagen sie, neue Entscheidungshindernisse im Ministerrat vergrößerten das demokratische Defizit und außerdem sei die Zeit für die Beratung der Beitrittsdokumente zu knapp gewesen.

Beide Sichtweisen sollten meines Erachtens am Mittwoch nicht ausschlaggebend sein. Die kurze Beratungsfrist ist ärgerlich. Aber selbst wenn wir wesentlich mehr Zeit hätten, ließe das Parlament die Verträge sicherlich nicht an den dort gefundenen technischen Lösungen scheitern. Die Dokumente sind das Ergebnis langer intensiver Verhandlungen.

Die institutionellen Fragen darf man den Beitrittskandidaten nicht anlasten; sie hätten bereits im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht geregelt werden können. Eine neue Chance der Effizienzsteigerung und Demokratisierung müssen wir bei den Regierungskonferenzen 1996 wahrnehmen. Bundeskanzler Kohl hat zugesagt, sich dafür einzusetzen, bei der Vorbereitung des Europäischen Parlament entscheidend zu beteiligen. Rudolf Scharping, dem ich wünsche, daß er im Oktober Kohls Nachfolger wird, will gleichfalls für mehr Demokratie in Europa sorgen.

Ein Nein des Parlaments wäre kein guter Auftakt zur Europawahl. Es wäre zwar eine ungeheuer drastische Demonstration, mit der das angeblich so machtlose Parlament allen vor Augen führte, daß es entscheidend mitbestimmt. Der Preis wäre jedoch zu hoch. Die Glaubwürdigkeit und damit das Ansehen des Parlaments stehen auf dem Spiel.

Tatsächlich sollten die jetzigen und künftigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Chance des Wahlkampfes nutzen, einer breiten Öffentlichkeit vor Augen zu führen, daß erstmals ein Europäisches Parlament gewählt wird, das in der Gesetzgebung echte Mitwirkungsrechte hat. Nur mit der Mehrheit des neuen Europäischen Parlaments wird der Ministerrat - also die nationalen Regierungen - im Bereich Umweltschutz, Verbraucher, Gesundheit und Binnenmarkt Gesetze verabschieden können. Der Präsident der Kommission und deren Mitglieder sind auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen. Es wird also ein Parlament mit deutlicherem politischen Profil. Deshalb ist es nicht gleichgültig, welche Frauen und Männer bei der Wahl am 12. Juni ins Parlament entsandt werden.

Das dritte große europapolitische Ereignis 1994 wird die deutsche Ratspräsidentschaft. Die Partner in der Europäischen Union erwarten, daß die stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents, Deutschland, sich auch als starke Führungskraft der Union erweist. Wer die Außen- und

Europapolitik der vergangenen Jahre beobachtet hat, muß leider daran zweifeln. Alzu leichtfertig versprechen beispielsweise Kanzler und Außenminister den assoziierten Staaten in Mitteleuropa den Beitritt in die EU. Ein überreifer Beitritt liegt jedoch weder in deren eigenem noch im europäischen und deutschen Interesse.

Während der deutschen Präsidentschaft sollten nach unseren Vorstellungen auch endlich die Initiativen der EG-Kommission für mehr Beschäftigung- und Wachstum in Europa aufgegriffen und umgesetzt werden. Es mag sein, daß der Bundeskanzler dazu nicht mehr die Kraft hat. Aber dann bleibt immer noch die Hoffnung, daß nach dem 16. Oktober ein Wechsel eintritt. Angesichts von fast 20 Millionen Arbeitslosen in Europa ist es Zeit zu handeln.

(-/2. Mai 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Ermutigender Verlauf der Wahl in Südafrika Eindrücke aus einer Woche Wahlbeobachtung

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Der Verlauf der ersten demokratischen Wahl für alle Bürger Südafrikas läßt auf eine friedliche und gedeihliche Entwicklung des Landes hoffen. Den Wahlbeobachtern, zum Beispiel für Bundestagsabgeordnete, standen alle Informationsmöglichkeiten in der Vorbereitungsphase, in den Wahllokalen und in den Zentren für die Stimmenauszählung offen. Sie wurden von Wählern wie von Mitarbeitern der Wahlverwaltung freundlich aufgenommen.

Der Verlauf der Wahl hat die Meldungen und Befürchtungen über Gewalttaten und entsprechende Einschüchterungen nicht bestätigt. Stärker als die Anwesenheit internationaler Zeugen hat dabei offensichtlich die Bereitschaft der Wähler und aller politisch Verantwortlichen befriedend gewirkt, diese Wahl als großartige Chance ernst zu nehmen und voll auszuschöpfen. Nüchternheit, Geduld und trotz der oft unzumutbaren Wartezeiten aufrichtige Freude waren besonders den Wählern in den Vorstädten mit schwarzer Bevölkerung anzumerken, als sie zum ersten Mal in ihrem Leben das von ihnen ganz wichtig genommene Stimmrecht ausüben konnten. Organisationspannen mit der Folge verlängerter Wartezeiten für die Wähler hat es vielfach gegeben. Politische Absichten waren dabei niemals die Ursache, sondern erkennbar stets Überforderung und technische Pannen bei den Helfern und Organisatoren der Wahl, die zum größten Teil selbst noch niemals hätten wählen dürfen. Auch einfache Hilfsmittel, die in Europa bei Wahlen selbstverständlich sind, so das Telefon im Wahllokal, mußten in Südafrika häufig erst mühsam bereitgestellt werden. Bei alledem waren Verantwortungsbewußtsein und der Wille zu größter Sorgfalt in der Einhaltung der Formalien bei den Wahlleitern und ihren Helfern stets deutlich zu spüren. Hinweise der Beobachter nahmen sie gern auf, ließen sich auch beraten, entschieden dann aber nach Abstimmung mit ihrem Stab und mit den im Wahllokal anwesenden Parteivertretern allein.

Die Wählerinnen und Wähler ließen in Gesprächen erkennen, daß sie sehr genau wußten, worum es bei der Wahl ging und welche Schwierigkeiten den Weg des demokratischen Südafrika noch lange begleiten werden. Die Verbesserungen würden lange auf sich warten lassen, es werde nur Schritt für Schritt gehen, sagten diejenigen, die als Schwarze durch die Diskriminierung und umfassende Benachteiligung des Apartheid-Regimes bisher in kümmerlicher Armut festgehalten worden sind. Bei aller Freude war von überschäumender Begeisterung nichts zu spüren. Auch das gibt Anlaß zur Hoffnung, daß Enttäuschung und Wut sich nicht sobald einstellen, wenn der Ertrag des Wandels zur Demokratie erst nach und nach spürbar werden wird.

(-/2. Mai 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*